

## **Liebe Prisdorferinnen und Prisdorfer,**

wir wünschen Ihnen für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Zufriedenheit. Es hat sich sehr viel in unserem Dorf im letzten Jahr getan. Hiermit möchten wir Sie über die wichtigsten kommunalpolitischen Ereignisse des vergangenen Jahres und über die großen anstehenden Aufgaben im neuen Jahr informieren.

2011 war geprägt von der Euro- Krise mit der damit verbundenen Überschuldung vieler Staatshaushalte. Auch wenn wir Deutsche davon überwiegend noch nicht spürbar betroffen sind, müssen wir doch endlich zur Kenntnis nehmen, dass auch unsere Staatsverschuldung dringend abgebaut werden muss. Ansonsten belasten wir damit die nachfolgenden Generationen und riskieren unsere eigene Altersarmut.

Dementsprechend war es unter anderem auch richtig zur Finanzierung der neuen Grundschule die Gewerbesteuer, Grundsteuer sowie die Hundesteuer auf die im Land üblichen Hebesätze anzuheben. Nur so konnte die Finanzierung des Prisdorfer Gemeindeanteils für die neue Schule von knapp 2,5 Millionen Euro sichergestellt werden, ohne die anderen Aufgaben der Gemeinde zu vernachlässigen.

Des Weiteren werden die Bürger als Anlieger zukünftig an den Kosten der Grundsanierung der Straßen beteiligt. So wurde die Straßenbaubeitragssatzung den Vorgaben des Landes angepasst. Die Forderung des Landes an die Gemeinden derartige Satzungen konsequent umzusetzen, ist darauf zurückzuführen, dass die Landeshaushalte entlastet und den Kommunen vermeintlich neue Wege der Gegenfinanzierung aufgezeigt werden sollen.

Alle Sparbemühungen des Bundes und der Länder gehen oft zulasten von Städten und Gemeinden und letztendlich bezahlt der Bürger die sogenannten ‚Steuererleichterungen‘ mit höheren Gebühren und Abgaben. So ist das Ärgerliche an der neuen Straßenbaubeitragssatzung, dass für die Ermittlung des rechtssicheren Umlageverfahrens externe Büros eingeschaltet werden müssen, womit wiederum zusätzliche Kosten von jeweils ca. 20.000 Euro pro Baumaßnahme anfallen. Das ist unserer Meinung nach das Gegenteil von Sparen und Bürokratieabbau.

## **Gemeinsamer Bau der Grundschule mit Kummer- feld verzögert sich**

Wir unterstützen aktiv den gemeinsamen Bau der neuen Grundschule mit Kummerfeld an dem neuen Standort in den von den Gemeinden dazu gebildeten Arbeitskreisen, denn es ist uns sehr wichtig, alle dort später Tätigen frühzeitig in die kreative und organisatorische Ausgestaltung miteinzubeziehen.

Die Schule soll als „Offene Ganztagschule“ geführt werden. Das heißt, den Kindern wird, wenn die Eltern es wollen, auch am Nachmittag eine Betreuung durch ein abwechslungsreiches außerschulisches Nachmittagsprogramm geboten. Dazu gehört auch ein Mittagessen und eine Hausaufgabenbetreuung. Hierdurch wird es Eltern ermöglicht, Kinder und Beruf mit gutem Gewissen zu vereinen.

In der Schule wird eine kindergartenähnliche Vorschule eingerichtet. In diesem Kindergarten werden die Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung aufgenommen. Die derzeit hierfür vorgesehenen Räume lassen zwei Gruppen mit max. 25 Kinder pro Gruppe zu. Da die vergangenen Jahre allerdings gezeigt haben, dass es durchaus möglich ist, dass pro Jahrgang mehr als 50 Kinder eingeschult werden, kann es passieren, dass nicht alle Kinder die Vorschule besuchen können. Diese Kinder müssten dann weiterhin in den Kindergarten gehen. Auch wenn man wohl davon ausgehen kann, dass mit den 50 Plätzen der tatsächliche Bedarf wohl gedeckt sein wird, fragen wir uns, wie im Zweifelsfall entschieden werden soll, welches Kind in welche Einrichtung gehen darf? Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es jedem Kind ermöglicht werden sollte, die Vorschule zu besuchen. Ein entsprechender Antrag von uns wurde aus uns unerklärlichen Gründen von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Bau der Schule verzögert sich, weil im Amt versäumt wurde, die erforderliche F-Planänderung für das Baugrundstück **rechtzeitig** beim Land **zu beantragen**. Als die Baugenehmigung dann endlich vorlag, wurde festgestellt, dass man es ebenso versäumt hatte, die Baufirmen **längerfristig** an die Angebote **zu binden**. Zu guter Letzt wurde dann festgestellt, dass Nachfragen des Kreises über Zuschussanträge seit Juli im Amt **nicht beantwortet wurden**. Der Kreis gewährt die Zuschüsse für den Bau der Vorschule aber nur **vor** Baubeginn.

So wird sich – zur Enttäuschung aller – der Baubeginn bis in den März (hoffentlich diesen Jahres) verzögern.

Der Einzug ist dann nicht vor Februar 2013 zum Halbjahres-Wechsel möglich. Das bedeutet für Prisdorf eine weitere Heizperiode mit der maroden energiefressenden Heizungsanlage in der alten Schule, und somit eine weitere Belastung unseres Haushaltes.

## **Amtsverwaltung im Umbruch**

Die bei dem Schulbau auftretenden Versäumnisse in der Amtsverwaltung haben mehrere Ursachen. Der leitende Verwaltungsbeamte musste kurzfristig seine Aufgabe als Amtsleiter Mitte des Jahres aufgeben. Sein Stellvertreter (gleichzeitig Bauamtsleiter) verließ Mitte Juli überraschend das Amt, um die Leitung einer anderen Amtsverwaltung zu übernehmen. Die Leitung des Amtes übernahm dann im September Herr D. Brüggemann, ehemals Bürgermeister in der Gemeinde Appen.

Neben den misslichen Personalproblemen, die nicht nur die Amtsleitung, sondern auch andere Bereiche des Amtes (insbesondere die Kämmerei) betreffen, führen zwei weitere Umstände zu unnötigen Pannen, Abwicklungsfehlern und Verzögerungen. Zum einen bindet die Ausamtung der Gemeinden Bönningstedt und Hasloh derzeit weiteres Personal. Zum anderen stellen sich auch die Vorbereitungen der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Rellingen als nicht minder arbeitsintensiv dar. Letzteres gilt auch, obwohl der Zusammenschluss beider Verwaltungen vor kurzem auf frühestens 2015 verschoben wurde.

Auch wenn viele der genannten Probleme unumgänglich und mit Nachsicht zu begegnen sind, finden wir es unhaltbar, dass das Amt seit 2009 nicht in der Lage war und gegenwärtig ist, die überfällige Eröffnungsbilanz unserer Gemeinde aufzustellen. Seit drei Jahren beschließen wir Haushalte, deren Grunddaten nicht ordnungsgemäß abzuschließen sind und zuletzt, im Falle des Doppelhaushaltes 2011/12, sogar nur auf Schätzungen basieren.

Bei allem Respekt vor dem Ehrenamt muss schließlich die Frage erlaubt sein, ob – unabhängig von der Person(!) – neben der beruflichen Tätigkeit die Ämter des Amtsvorstehers und die des gemeindlichen Bürgermeisters gleichzeitig ausgeübt werden sollten. Bei einer derartigen Aufgabenhäufung und der damit einhergehenden Belastung kann die Kontrolle der Verwaltung womöglich nicht so gewährleistet werden, wie es unter der beschriebenen Situation erforderlich und angemessen ist.

## Schulwegsicherung im Hauen

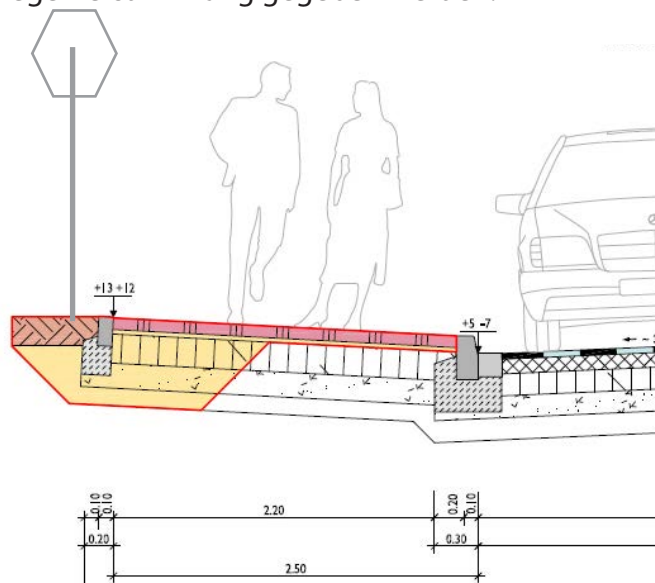
Zur Sicherung des Schulweges ist der Fußweg im Hauen auf ganzer Länge so auszubauen, dass sich Fußgänger und Radfahrer darauf begegnen können. Da die vorhandene Straße zwischen Kantstein und Entwässerungsrinne nur 4,80 m breit ist, werden die Fahrzeuge – wie jeder, der den Hauen kennt, weiß – bei Begegnungsverkehr bis dicht an den Fußweg gelenkt. Demzufolge sind die ersten **50 cm** des neuen Fuß- und Radweges als Sicherheitsabstand zur Straße aus unserer Sicht unbedingt erforderlich und sollte sich farblich von der übrigen Pflasterung unterscheiden. Weitere **2 m** sollen als Verkehrsfläche für Fußgänger und Radfahrer dienen. Beide Flächen müssen neu gepflastert werden. Daran anschließend soll ein mindestens **20 cm** breiter Kiesstreifen bis zur Grundstücksgrenze der Anlieger gebildet werden. Dieser Streifen dient als Sicherheitsstreifen zur Grundstückseinfriedung und als Aufstellfläche für Straßenlampen, Verkehrsschilder und Verteilerkästen der Telekom. So ergibt sich für die gesamte auszubauende Fläche eine Breite von mindestens **2,70 m**. Dies ist unserer Meinung nicht ausreichend.

Wir fordern ein **Mindestmaß von 3,00 m**, um den Hauen zu einem sicheren Schulweg auszubauen. Unser Antrag, zu den Verhandlungen des Bürgermeisters mit den Grundstückseigentümern von einer Gesamtbreite von mindestens 3,00 m auszugehen, wurde von der CDU abgelehnt. Die CDU hat sowohl im Bauausschuss als auch im Gemeinderat als Verhandlungsspielraum für den Bürgermeister nur die Mindestbreite von 2,70 m festgelegt. Um einen Ausbau nach unserem Vorschlag von 3,00 m vorzunehmen, müssten lediglich ca. 150 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche von verschiedenen Anliegern durch die Gemeinde angekauft werden. Wir finden es sehr bedauerlich, dass es in den Verhandlungen nicht gelungen ist für die Gemeinde größere Grundstücksflächen zu erwerben.

Der beschlossene Aufstellstreifen von 20 cm ist zu schmal, um darin Verkehrsschilder und Verteilerkästen der Telekom so zu platzieren, dass sie nicht in die gepflasterte Verkehrsfläche hineinragen. Selbst die StVO empfiehlt an dieser Stelle einen Streifen von 50 cm, mindestens aber von 30 cm Breite. Nicht zuletzt muss man bedenken, dass die Wegfläche regelmäßig durch Mülleimer und im Winter durch Schneehaufen weiter eingengt wird.

Die Gesamtkosten des Ausbaus belaufen sich auf ca. 350.000 Euro. Darin enthalten sind die Kosten für eine zusätzliche Ampelanlage zur Querung der Hauptstraße. Von den Gesamtkosten wird gemäß

der Straßenausbauesatzung bis zu ein Drittel auf die Anlieger umgelegt. Dieses würde für die Anlieger mit durchschnittlicher Grundstücksgröße einen Kostenanteil von ca. 2000 Euro bedeuten. Genauere Informationen sollen demnächst auf einer Anliegerversammlung gegeben werden.



## Erneuerung der Straßenbeleuchtung

Der Gesetzgeber hat vorgesehen ab 2015 bundesweit in allen Kommunen keine Quecksilberdampflampen mehr zuzulassen. Diese sollen durch energieeinsparende Leuchtmittel ersetzt werden. In Prisdorf werden noch in diesem Jahr ein großer Teil aller Straßenlampen auf LED Leuchtmittel umgerüstet. Lediglich bei den Hängeleuchten mit dem grünen Mast ist dieses zurzeit technisch noch nicht möglich. Die Gesamtkosten für die Maßnahme belaufen sich auf ca. 150.000 Euro. Davon werden 62.000 Euro durch Fördergelder bezuschusst. Die restlichen Kosten sollen sich laut Berechnung des mit der Umrüstung beauftragten Ingenieurbüros innerhalb von 10 Jahren durch die erwartete Energieeinsparung amortisieren. Die Bürger werden bei dieser Maßnahme nicht direkt an den Kosten beteiligt.

Dies verhält sich hingegen für die Anlieger des Dahls anders, weil die Straßenbeleuchtung dort bis zum Kindergarten komplett saniert wird, einschließlich der Erneuerung des Erdkabels. Hier greift deshalb die Straßenunterhaltungssatzung, gemäß derer die Kosten anteilig auf die Anlieger umgelegt werden müssen. Es sind 21 Mastleuchten vorgesehen. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt ca. 45.000 Euro. Für ein durchschnittlich großes Grundstück beträgt der Anliegerbeitrag ca. 400 Euro. Die Kosten werden dabei auf alle Anlieger – auch über den Kindergarten hinaus – umgelegt.

**CDU sträubt sich, den Rechtsanspruch auf Krippenplätze umzusetzen.**

In der CDU geführten Bundesregierung wurde der Beschluss gefasst, dass für mindestens 35% der Kinder unter 3 Jahren ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz besteht.

In der letzten Schulausschuss-Sitzung wurde dieser Bedarf von der Kindergartenleiterin Frau Kruse sowohl mit Verweis auf die aktuellen Anmeldezahlen als auch zahlreiche Voranfragen bestätigt. Um den Rechtsanspruch zu erfüllen, müsste unsere Gemeinde zwei Gruppenräume mit jeweils bis zu 10 Krippenplätzen und entsprechenden Nebenräumen bereitstellen. Dieses wäre am jetzigen Standort im Dahl nicht zu realisieren. Daher kommt nur ein Umzug des ganzen Kindergartens an einen anderen Standort in Frage, wodurch der jetzige bestehende Pachtvertrag mit der Großstadtmission vorzeitig aufgelöst werden müsste (Laufzeit bis 2028). Unser Vorschlag, den Kindergarten an der neuen gemeinsamen Grundschule in Kummerfeld mit anzusiedeln, wurde schon im Vorwege zu Beginn der Schulplanung sowohl von der Prisdorfer CDU als auch von den Kummerfeldern abgelehnt. Auf diesem Wege hätte man die notwendigen Investitionskosten auf einen Standort konzentrieren können und zahlreiche bauliche und pädagogische Synergieeffekte erzielen können. Eltern von Schul- und Kindergartenkindern hätten auch nur einen Anfahrtsweg gehabt. Da ein Neubau am neuen Schulstandort politisch nicht mehr möglich ist, favorisieren wir einen Neubau des Kindergartens mit angeschlossener Krippe am Standort der jetzigen Grundschule. Um die zeitlichen Vorgaben einzuhalten, stellten wir auf der letzten Gemeinderatssitzung folgenden **Antrag**:

Die Gemeindevertretung beschließt die **Voraussetzungen für den Neubau** eines Kindergartens mit Platz für **drei Elementargruppen** und **zwei Kleinkindgruppen** für die Altersklasse bis drei Jahre zu schaffen. Als Standort soll bevorzugt das alte Schulgelände genutzt werden. Wenn dieses aus planungsrechtlichen und/oder Kostengründen nicht zu realisieren ist, sollte der neue Kindergarten am Waldrand des B-Plangebietes Nr. 9 (Hauen/ Ecke Hauptstraße) errichtet werden. Um die Grundlage für die weiterführenden Beratungen zu schaffen sind folgende Schritte unter Mithilfe des Amtes erforderlich:

- Es sollen die Vorschläge / Angebote von **mindestens drei Architekten** eingeholt werden,
- geklärt werden, welche **Fördergelder** zur Verfügung stehen, und wenn erforderlich, die entsprechende Zuschussanträge gestellt werden,
- **Verhandlungen mit der Großstadtmission** über die Aufgabe des alten Kindergartenstandortes aufgenommen werden (langfristiger Pachtvertrag)

Die CDU lehnte unseren Antrag ab und ersetzte ihn durch einen eigenen Antrag, der wie folgt lautete:

- Die Verwaltung möge den Bedarf für einen neuen Kindergarten prüfen.
- Die Fördermöglichkeiten sind mit dem Kreis Pinneberg abzustimmen.
- Die Verwaltung möge **zwei** Architekten beauftragen, die ihre konzeptionellen Ideen für einen Kindergarten vorstellen.

Die Ablehnung des von uns eingebrachten Grundsatzbeschlusses durch die CDU sowie die Enthaltung der SPD machen deutlich, dass sich keine der beiden Fraktionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf einen Neubau von Kindergarten und Krippe festlegen will. Wie zudem aus dem Antrag der CDU hervorgeht, zweifelt sie offenbar immer noch die von der Verwaltung bereits seit längerem vorliegenden Kinderzahlen bzw. Bedarfseinschätzungen an. Ebenso ist bemerkenswert, dass die Verhandlungen mit der Großstadtmission ob eines möglichen Ausstiegs aus dem Pachtvertrag überhaupt nicht als Aufgabe im Beschluss definiert wurde. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Antrag einen klaren Auftrag an die stellvertretenden Bürgermeister enthalten hätte, für die Gemeinde mit der Großstadtmission in Verhandlungen zu treten, da der erste Bürgermeister, wie allgemein bekannt und von ihm mehrfach bekräftigt wurde, als Mitglied der Geschäftsführung der Großstadtmission in dieser Angelegenheit befangen ist.

Der Bund bezuschusst zur Zeit noch jeden neu geschaffenen Krippenplatz mit 15.500 Euro. Dieser Zuschuss reicht aus, um die erforderlichen Räume für die Krippenplätze kostendeckend herzustellen. Die Zeit, diese Fördergelder zu beziehen und die Baumaßnahme gemäß den Förderrichtlinien abzuschließen (bis 2013) ist jetzt schon denkbar knapp und erfordert entschlossenes politisches Handeln, und das von allen Fraktionen.

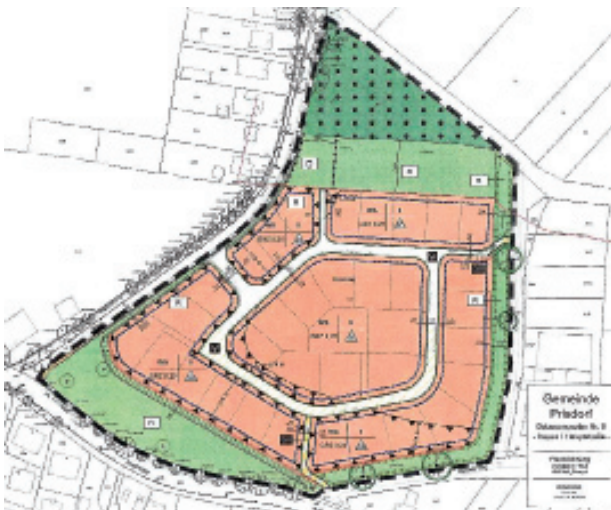


## Neues Baugebiet für ca. 40 neue Wohneinheiten

Ab Mitte 2012 soll ein neues Baugebiet auf der Wiese angrenzend an den Straßen Hauen, Hauptstraße und Borsteler Weg zur Bebauung geschaffen werden. Das Grundstück wurde bereits von der Gemeinde gekauft, wird von ihr erschlossen und zu marktüblichen Preisen an Interessenten verkauft. Die erzielten Überschüsse sollten unserer Meinung nach unter anderem für den Bau eines neuen Kindergartens eingesetzt werden.

Wir haben zu der vorgelegten Planung folgende Änderungsvorschläge:

- 1) Wir empfehlen, die Grundstücke am Hauen auch über den Hauen zu erschließen. Dies würde zu dessen Verkehrsberuhigung beitragen und die neu geplante Ringstraße im Baugebiet entlasten, zumal es sowieso noch Klärungsbedarf bezüglich der notwendigen Parkplätze für Anlieger und Besucher gibt.
- 2) Das Sichtfenster an der Hauptstraße muss als Grünzone so gestaltet werden, dass es seiner Lage im Ortskern entsprechend angemessen gestaltet wird.
- 3) Die Grünflächen vor dem Knick am Borsteler Weg und vor dem Waldrand sollten weiter als bisher geplant den Privatgrundstücken zugeteilt werden, um den nicht unerheblichen Pflegeaufwand für die Gemeinde zu reduzieren. Sie könnten den neuen Grundstücken als Gartenlandfläche zugeschlagen werden und mitverkauft werden.



## Dank an engagierte Mitbürger

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei all den Mitbürgern, die sich ehrenamtlich für unsere Dorfgemeinschaft einsetzen.

Mit Trauer und Respekt vor dem steten Einsatz für unser Dorf haben wir den Tod von Bernd Strüven,

unserem stellvertretenden Wehrführer, zur Kenntnis genommen. Ihm gebührt alle Ehre für seinen ehrenamtlichen Einsatz.

Wir danken seinem Nachfolger Ralf Huckfeldt für die Bereitschaft, die Nachfolge anzutreten.

Den Mitgliedern und allen Unterstützern des „Vereins Wartehäuschen“ danken wir für den Mut, gegen den Vandalismus anzutreten, ein zweckmäßiges und historisches Stück Prisdorf herzurichten und zu bewahren. Die Galerie im Häuschen ist eine weitere Bereicherung für unser Dorf.

Wir hoffen, dass der Vereinsvorsitzende Herr Nörenberg auch weiterhin die erforderliche Unterstützung erhält.

Dem Vorstand des neu gegründeten Seniorenbeirat (Karl-Heinz Blümke, Carsten Ruhe und Jutta Heinke) gratulieren wir zu ihrer Wahl und wünschen ihnen für das Vertreten der Interessen der Senioren in Prisdorf alles Gute.

Herr Werner Potthoff ist nach 7 Jahren Mitarbeit für den BBP aus dem Gemeinderat aus Altersgründen ausgeschieden, um jüngeren Bürgern die Mitarbeit zu ermöglichen. Herr Stefan Brandes ist für ihn in den Gemeinderat nachgerückt. Für den Finanzausschuss konnten wir Herrn Thomas Wichert als bürgerliches Mitglied gewinnen.

## Zuguterletzt...

Und noch etwas erfreuliches für unsere Dorfbewohner: Der BBP äußerte in einer Umwelt-, Bau-, und Wegeausschusssitzung den Wunsch etwas mehr für die Umwelt zu und – wie erfolgreich in vielen anderen Gemeinden erprobt – sogenannte ‚Hundeschießbüdel‘ für die Prisdorfer Vierbeiner und ihre Herrchen bzw. Frauchen bereitzustellen. Dieses wurde von der CDU lächelnd und ein wenig achselzuckend lediglich ‚zur Kenntnis genommen‘. Wie erfreut und überrascht waren wir da, als eines Tages Aufsteller mit den entsprechenden Beuteln im Dorf zu finden waren. Von der Gemeindeleitung gab es hierzu bisher noch keine offiziellen Informationen.

In dörflicher Verbundenheit  
Ihr BBP

